
FORUM: Teilen verbindet*

Helmut Kohl:

Für eine behutsamere Lohnanpassung werben

Dr. Helmut Kohl, geb. 1930 in Ludwigshafen/Rh., ist Vorsitzender der CDU und Bundeskanzler.

Das Motto des DGB zum Tag der Arbeit 1992 lautete: „Teilen verbindet“. Die Vollendung der inneren Einheit unseres Vaterlandes und die Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland sind eine der großen politischen Aufgaben der neunziger Jahre. Ich begrüße es deshalb sehr, daß auch der Deutsche Gewerkschaftsbund die Solidarität mit den Menschen in den neuen Bundesländern in den Mittelpunkt der Diskussion rückt. Unsere Solidarität gehört aber auch unseren Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südost-

* Von der katholischen Kirche haben wir leider keine Stellungnahme erhalten.

D. Red.

europa. Wir wollen und müssen den demokratischen und wirtschaftlichen Aufbau in diesen Ländern mit Nachdruck unterstützen. Auch dies ist ein Beitrag zur Sicherung unserer eigenen Zukunft. Wir schulden Solidarität und Hilfe nicht zuletzt den Menschen in den Entwicklungsländern.

Die verheerende Hinterlassenschaft des SED-Regimes

Vor gut zwanzig Monaten haben wir die staatliche Einheit Deutschlands vollendet. Viele Erwartungen haben sich in dieser Zeit erfüllt. Aber es hat auch Rückschläge und Enttäuschungen gegeben.

Wer heute den Weg betrachtet, den wir seit dem 3. Oktober 1990 zurückgelegt haben, sollte sich die Ausgangslage noch einmal in Erinnerung rufen. Inzwischen wissen wir, daß die DDR 1989 vor dem Ruin stand. Sie war praktisch zahlungsunfähig und hatte aus eigener Kraft keinerlei Zukunftschancen mehr. Die Mißwirtschaft des SED-Regimes hatte die Betriebe der DDR international wettbewerbsunfähig gemacht und - schlimmer noch - alle Voraussetzungen für wirtschaftliche Erfolge systematisch vernichtet. Als eine weitere schwere Belastung erwies sich die jahrzehntelange Vernachlässigung von Wohnungen, Straßen und Schienenwegen, Telefonen und jeglicher Infrastruktur, die für einen modernen Standort unabdingbar sind. Diese schwierige Ausgangslage wurde zusätzlich belastet durch den weitgehenden Zusammenbruch des Osthandels.

Der Aufbau in den jungen Bundesländern

Wenn man sich an diese Tatsachen erinnert, kann man erst ermessen, welche Fortschritte wir seit dem 3. Oktober 1990 erreicht haben. Alle Experten rechnen für dieses Jahr mit einem realen Wachstum in der Größenordnung von 10 Prozent in den neuen Bundesländern. Es ist deutlich erkennbar, daß der Aufschwung Ost begonnen hat. Aber er muß natürlich noch an Breite gewinnen.

In der Politik der Treuhandanstalt gewinnt die Sanierungsaufgabe zunehmend an Gewicht. Die Verbesserung der Infrastruktur ist in vollem Gange. Je Einwohner liegen die öffentlichen Investitionen in Ostdeutschland um 30 Prozent über dem Niveau in den westdeutschen Ländern. In diesem Jahr wird die Telekom 600 000 neue Telefonanschlüsse einrichten. Das ist mehr als in 10 Jahren der ehemaligen DDR. Die Gesamtinvestitionen für die Verbesserung der Verkehrsinfrastrukturen in den neuen Bundesländern betragen in diesem Jahr über 14 Milliarden DM.

Die privaten Investitionen nehmen ebenfalls deutlich zu, aber sie liegen je Einwohner immer noch spürbar unter dem Niveau der westlichen Länder. Verstärkte Investitionen sind der Schlüssel für den wirtschaftlichen Aufschwung. Die Bundesregierung setzt deshalb klare Prioritäten bei der weiteren Verbesserung der Investitionsbedingungen in den neuen Bundesländern sowie in der Wirtschaftsförderung. Niemand darf jedoch übersehen:

Keine noch so großzügige staatliche Investitionsförderung kann den Lohnkostennachteil ostdeutscher Betriebe ausgleichen.

Die Verantwortung der Gewerkschaften

Die Lohnkosten für die Betriebe sind dramatisch gestiegen, während Umsätze und Produktivität weit dahinter zurückgeblieben sind. Dies geht zu Lasten von Arbeit und Beschäftigung.

Ich weiß, wie schwierig es insbesondere für die Gewerkschaften ist, bei ihren Mitgliedern für eine behutsamere Lohnanpassung zu werben. Aber ich bin sicher: Viele Arbeitnehmer, die sich um ihren Arbeitsplatz sorgen, wären durchaus damit einverstanden, den Angleichungsprozeß an das westliche Lohnniveau ein wenig zu strecken, wenn dadurch die Überlebenschancen ihres Betriebes und die Sicherheit ihrer eigenen Arbeitsplätze erhöht werden könnten.

Heute geht es um die gemeinsame Verantwortung von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften. Ich bin mir bewußt, daß sich die Tarifparteien auf einem schmalen Grad bewegen. Selbstverständlich respektiere ich die Tarifautonomie, aber wir müssen in dieser schwierigen Situation den richtigen Mittelweg finden zwischen raschem Einkommensanstieg einerseits und dauerhaft wettbewerbsfähigen Betrieben und Arbeitsplätzen andererseits.

Ich verstehe die Sorgen der Menschen um ihren Arbeitsplatz sehr gut. Besonders die älteren Arbeitnehmer sowie alleinstehende Frauen mit Kindern haben es schwer, aus Arbeitslosigkeit in die Beschäftigung zurückzufinden. Mit unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen über Qualifizierungsangebote bis zum Altersübergangsgeld reicht, helfen wir gerade auch diesem Personenkreis.

In den alten Bundesländern muß das Verständnis noch zunehmen, wie schwierig die Zeit des Übergangs im Osten Deutschlands für die meisten Bürger ist. Der Weg, der im Westen im Laufe einer Generation zurückgelegt wurde, muß im Osten Deutschlands in wenigen Jahren geschafft werden. Dies erfordert eine Bereitschaft und Fähigkeit zur Umstellung, die wir gar nicht hoch genug einschätzen können.

Am Wiederaufbau in der alten Bundesrepublik und an der Schaffung des Sozialstaates Bundesrepublik Deutschland haben die Gewerkschaften einen maßgeblichen Anteil gehabt. Dieses gemeinsame Aufbauwerk konnte sich auf das Engagement, auf die Verantwortungsbereitschaft und die Besonnenheit der Gewerkschaften und ihrer führenden Repräsentanten stützen. Heute stehen Politik und Gesellschaft erneut vor einer Aufgabe von historischer Dimension. Gemeinsam stehen wir in der Pflicht, mit vereinten Kräften das Zusammenwachsen unseres bis vor kurzem geteilten Vaterlandes zu fördern. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter können in diesen Prozeß des Zusammenwachsens ganz Wesentliches einbringen: ihr Wissen um die Sorgen und Anliegen der Menschen, und zwar in Ost und West. Sie können dazu bei-

tragen, das Vertrauen der Menschen in den neuen Bundesländern in unsere Staats- und Gesellschaftsordnung zu festigen.

Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand

Wir alle wollen den Aufschwung Ost. Dazu brauchen wir eine stabile Wachstumsgrundlage im Westen. Wir müssen uns jedoch darüber im klaren sein: Zusätzliche Lasten für die westdeutsche Wirtschaft würden nach den hohen Lohnabschlüssen dieses Frühjahrs die Konjunktur ernsthaft gefährden. Deshalb lassen sich die öffentlichen Transfers in die neuen Bundesländer auch nicht ohne Gefahr für Stabilität und Beschäftigung weiter steigern. In diesem Jahr fließen netto rund 140 Milliarden DM aus öffentlichen Kassen in die neuen Bundesländer.

Wenn der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern weiter vorgekommen sein wird, werden von dort aus auch wesentliche Impulse für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland ausgehen. Wenn wir als eine der großen Welthandelsnationen weiter auf Erfolgskurs bleiben wollen, müssen wir international konkurrenzfähig sein. Wir haben heute - im Vergleich zu anderen Ländern in der Europäischen Gemeinschaft - extrem lange Ausbildungszeiten im akademischen Bereich, ein Renteneintrittsalter von durchschnittlich unter 59 Jahren, mit 37,7 Stunden die kürzeste Wochenarbeitszeit aller Industrieländer und als Folge kurzer Wochenarbeitszeiten und langen Urlaubs eine Jahresarbeitszeit von rund 1 500 Stunden. Die Bilanz wird nicht etwa durch längere Maschinenlaufzeiten ausgeglichen. Wir müssen heute an anderer Stelle Kosten sparen oder Wege finden, um die Produktivität erheblich schneller zu erhöhen, als es die Konkurrenz schafft. Gelingt dies nicht, geraten Arbeitsplätze und natürlich Einkommen und damit auch soziale Sicherheit in Gefahr.

Dies sind Tatsachen, denen wir uns ungeachtet aller parteipolitischen Überlegungen stellen müssen. Die Sicherung unserer Zukunft verlangt von allen Verantwortlichen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, daß wir jetzt die Kraft und den Mut aufbringen, die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen.